

Die Vollzugstauglichkeit von Bundesrecht

«Die Kantone setzen das Bundesrecht nach Massgabe von Verfassung und Gesetz um» – soweit die Vorgabe der Bundesverfassung (Art. 46 Abs. 1). Doch wie wird sichergestellt, dass das Gesetz und die Verfassung auch Vorschriften enthalten, die im Alltag bestehen können, und welche die Kantone in der Praxis auch tatsächlich umsetzen können? Wie kann verhindert werden, dass Bundesbern im Elfenbeinturm hoch ob der Aare Gesetze entwirft, die von den Kantonen im Terrain gar nicht vollzogen werden können? Wie kann sichergestellt werden, dass sich die Kantone im Vernehmlassungsverfahren nicht bloss auf allgemeine politische Statements beschränken, sondern die Erlassentwürfe seriös auf die Vollzugstauglichkeit prüfen, wie dies das Vernehmlassungsgesetz in Artikel 2 Absatz 2 vorsieht?

Diese Thematik beleuchteten am letzten Forum für Rechtsetzung die Teilnehmenden des Bundes und die eigens eingeladenen Kantonsvertreterinnen und -vertreter. Von Seiten der Kantone referierte der Leiter des Gesetzgebungsdienstes des Kantons Zürich, Christian Schuhmacher. Nach seiner Erfahrung gibt es drei typische Problembereiche, welche der Vollzugstauglichkeit abträglich sind: Erstens *zu wenig Zeit*. Dies wurde bei der Neuordnung der Pflegefinanzierung nicht genügend berücksichtigt. Damals wurde im Juni 2008 das Bundesgesetz geändert und die Vollzugsverordnungen ein Jahr später angepasst. Erst zu diesem Zeitpunkt konnten die Kantone die Vernehmlassung zur kantonalen Umsetzungsgesetzgebung starten. Die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes war aber bereits auf den 1. Juli 2010 geplant. Auf Intervention der KdK beim EDI wurde sie dann um ein halbes Jahr verschoben. Das war an sich immer noch knapp, denn die kantonalen Gesetzgebungsverfahren brauchen rund anderthalb bis zwei Jahre bis zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes. Aber nicht nur für ihr Gesetzgebungsverfahren brauchen die Kantone Zeit. Wenn das Bundesrecht Auswirkungen auf das kantonale Budget hat, braucht auch das Budgetverfahren Zeit.

Ein zweites Element, das die Vollzugstauglichkeit beeinträchtigt, sind *Regelungsdefizite* des Bundesrechts. Das Bundesgesetz über den Schutz vor Passivrauchen etwa beauftragt den Bundesrat mit dem Erlass von Vorschriften über die Anforderungen an die Belüftung von Raucherräumen. In der Verordnung schreibt der Bundesrat nun bloss vor, die Räume müssten «ausreichend» belüftet sein. Dies hilft den Kantonen nicht weiter; technische Spezifikationen wären hilfreicher gewesen, wie sie in einem früheren Verordnungsentwurf denn auch enthalten waren. Diesen versuchten sie nun verzweifelt zu behändigen...

Als dritten Problembereich machte Schuhmacher Bundesrecht aus, das *unzweckmässig* ist. Im Bereich der Sonderpädagogik etwa gibt es Abgrenzungsprobleme zwischen dem Bildungsrecht, dem Sozialversicherungsrecht und dem Krankenkassenrecht. Oder bei der Videoüberwachung im öffentlichen Verkehr sind die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen unklar.

Zur Lösung dieser drei Problembereiche sieht Schuhmacher drei Ansätze: *Rückfragen* des Bundes bei den Kantonen: Ob diese ihre Gesetze anpassen müssen; ob sie den Inhalt der Verordnungen kennen müssen; ob das Bundesrecht Auswirkungen auf das Budget hat; ob die Regelungen sinnvoll, vollziehbar und lückenlos sind. Die Kantone ihrerseits müssen bei den politisch Verantwortlichen des Bundes den *Zusatzaufwand* sichtbar machen, der entsteht, wenn Regelungslücken im Bundesrecht auf kantonaler Ebene geschlossen werden müssen. Wichtig sind auch *persönliche Kontakte* auf Sachbearbeiterebene, Austausch tagungen zwischen Bund und Kantonen oder feste Konferenzen. Auf Widerspruch stiess die Aussage von Schuhmacher, im Vernehmlassungsverfahren gehe es nur um die grosse politische Richtung, denn der Regierungsrat könne nicht über Details beschliessen. Artikel 2 Absatz 2 des Vernehmlassungsgesetzes sieht, wie eingangs erwähnt, klar vor, dass das Vernehmlassungsverfahren Aufschluss über die Vollzugstauglichkeit geben soll. Diese *muss* ein Thema sein. Es könnte für den Bund sinnvoll sein, in der Vernehmlassung präzise Fragen zu Vollzugsaspekten zu stellen, um eine Einschätzung der Kantone zu erhalten.

Von Seiten des Bundes präsentierten Gérard Wettstein (EFV), Pascale Probst (BFM), Amadeo Cianci (BK) und Heinz Sutter (BJ) ihre Erfahrungen mit der Vollzugstauglichkeit. Wettstein strich in Bezug auf die Erarbeitung der NFA die *breit angelegte vorparlamentarische Phase* und die streng *paritätische Projektorganisation* heraus; auf allen Ebenen waren der Bund, die Kantone und die Gemeinden und Städte vertreten. Dies hat sich laut Wettstein bewährt; er empfahl eine ähnliche Projektorganisation bei grossen Gesetzgebungsvorhaben. Beim BFM ist die Zusammenarbeit mit den Kantonen zentral: Beim Vollzug des Asylgesetzes sind die Kantone für den Aufenthalt der Asylsuchenden während des Verfahrens zuständig (Sozialhilfe, Schule, Arbeit, etc.) sowie für den Wegweisungsvollzug; beim Ausländergesetz sind sie es, welche die Bewilligungen erteilen; und auch beim Bürgerrechtsgesetz sind es die Kantone, welche für die Einbürgerung zuständig sind. Pascale Probst empfahl, Differenzen mit den Kantonen *vor der Vernehmlassung* zu bereinigen und bei der Erarbeitung eines Erlasses einen intensiven Austausch mit den Kantonen zu pflegen. Dies sahen auch Heinz Sutter und Amadeo Cianci so. Cianci hat mit dem frühzeitigen Austausch mit auf diesem Gebiet erfahrenen Kantonen bei den Arbeiten zum Passivrauchen positive Erfahrungen gemacht. Er empfahl ausserdem die Schaffung einer Plattform zur Klä-

rung offener Fragen und eine regelmässige Information mittels eines *Newsletters*. Sutter hob hervor, es sei wichtig, die Kantone früh einzubinden, ihnen immer wieder die Möglichkeiten für Inputs zu geben und regelmässige Kontakte zu pflegen. Er knüpfte seine Überlegungen an die Erfahrungen aus der Erarbeitung der Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches sowie aus der Erarbeitung der Strafprozessordnung. Vollzugsprobleme ortete er in erster Linie bei symbolischer Gesetzgebung und bei Gesetzgebung «à la minute», z.B. dem direkten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative.

In der Diskussion kamen auch Widersprüche in den Erwartungen von Bund und Kantonen zum Ausdruck. Ein Teilnehmer aus dem Kanton Bern brachte, wie Schuhmacher, zum Ausdruck, dass die Regierungsräte in der Vernehmlassung politisch Stellung nehmen wollen und sich nicht zu Detailfragen äussern. Er schlug deshalb vor, auf fachlicher Ebene die Vollzugstauglichkeit zu prüfen und die Ergebnisse als *Anhang* zur politischen Stellungnahme der Regierung einzureichen. Ein Teilnehmer wies auf eine gewisse Scheu vor dem grossen Aufwand einer seriösen Vernehmlassungsantwort hin, die daher rühre, dass unsicher sei, ob aus dem Entwurf jemals ein rechtskräftiges Gesetz werde. Die Verwaltung dürfe deshalb keine Versuchsballone starten, sondern nur ausgereifte Vorlagen in die Vernehmlassung schicken. Dies könne allerdings bei den Kantonen die Reaktion auslösen: «Wieso konsultiert ihr uns, wenn ihr ja doch wisst, was ihr wollt?», war eine Gegenmeinung. Unterbreite der Bund dagegen Varianten, heisse es: «Wenn ihr nicht wisst, was ihr wollt, wieso konsultiert ihr uns dann?»

Kontrovers werden auch Vollzugshilfen von Seiten des Bundes beurteilt, also Mustererlasse oder Umsetzungsleitfäden. Von den einen begrüsst, werden sie von anderen als Bevormundung der Kantone abgelehnt. Und als Ausschaltung des föderalistischen Labors, d.h. der mannigfachen Lösungen, die entstehen, wenn die Kantone eigenständig ein Problem angehen. Ein Beispiel hierfür nannte ein Teilnehmer aus dem Kanton Neuenburg: Artikel 9 des Sterilisationsgesetzes sieht vor, dass die Entscheide der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde beim «zuständigen kantonalen Gericht» angefochten werden können. In Neuenburg ist die vormundschaftliche Aufsichtsbehörde aber das Kantonsgericht selber, also das höchste kantonale Gericht. Verständlich, dass die Umsetzung von Artikel 9 den Neuenburgerinnen und Neuenburgern Kopfzerbrechen bereitet. Dies zeigt, wie wichtig es ist, bei der Konzeption von Bundeserlassen die Eigenheiten der kantonalen Rechtsordnungen zu berücksichtigen. Damit dies möglich ist, bedarf es der sorgfältigen Stellungnahme der Kantone zur Vollzugstauglichkeit im Vernehmlassungsverfahren.

Nach dem «grossen» Thema «Vollzugstauglichkeit» berichtete Clemens Locher (BK) über den Stand des Projekts «*Internetplattform EU-Recht*». Die Internetplattform wird rechtsetzungsmethodische, redaktionelle und gesetzestechnische Hilfestellungen bieten bei der Übernahme von EU-Recht. Ausserdem informierte Locher über das neue, von der Bundeskanzlei und vom Bundesamt für Justiz gemeinsam erarbeitete *Merkblatt «Verweisung auf EU-Recht im Landesrecht»* (abrufbar auf Deutsch und Französisch unter www.bk.admin.ch > Themen > Gesetzgebung > Gesetzestechnik > ergänzende Merkblätter). Die Hauptänderung gegenüber den Gesetzestechnischen Richtlinien des Bundes (GTR) besteht darin, dass im Fliesstext eines Erlasses grundsätzlich nur in Kurzform auf die übernommene EU-Regelung (Art des Rechtsakts mit Bezugsnummer) verwiesen wird und alles andere (vollständiger Titel, Fundstelle im Amtsblatt der EU, allfällige Änderungsrechtsakte) in der Fussnote anzuführen ist. Das Merkblatt führt ausserdem aus, wie mit der Dynamik des EU-Rechts umzugehen ist: Im Fliesstext des schweizerischen Erlasses wird jeweils nur der EU-Basisrechtsakt genannt; in der Fussnote wird angegeben, welche Änderungen des Basisrechtsakts für die Schweiz massgebend sind.

Christoph Bloch (BJ) referierte anschliessend über den Typus des «Rahmengesetzes» bzw. des «Grundsatzgesetzes». Die Begriffe sind Synonyme. Sie bezeichnen ein Gesetz, in dem der Bund die Grundsätze und der Kanton die Details regelt. Dies ist dann der Fall, wenn der Bund nur über eine eingeschränkte Gesetzgebungskompetenz verfügt (z.B. in den Bereichen Raumplanung, Jagd, Fischerei oder Wanderwege). Die Bezeichnung «Grundsatzgesetz» erscheint daher treffender als die Bezeichnung «Rahmengesetz». Die Begriffe werden aber auch verwendet, wenn ein Gesetz eine weite Delegation an den Bundesrat vornimmt, das Parlament also nur den Rahmen absteckt, oder wenn ein Gesetz als *lex generalis* nur subsidiär gegenüber den *leges speciales* zur Anwendung kommen soll. Für letzteres wäre der Begriff «Querschnittgesetz» indes treffender, während weite Delegationsnormen unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips problematisch sind. Sie mit dem Schlagwort «Rahmengesetz» anzupreisen, lenkt bloss von einem Regelungsdefizit ab. Jedes Gesetz setzt zudem den geregelten Sachverhalten einen Rahmen; der Begriff ist also auch unter diesem Gesichtspunkt sinnlos. Deshalb sollte der Begriff «Rahmengesetz» aus dem legalistischen Vokabular verbannt werden.

Abschliessend informierte Werner Bussmann (BJ) über die Evaluation des Forums, nachdem dieses bereits zwei Jahre besteht. Die Teilnehmenden sind mit der Qualität der Aufgabenerfüllung des Forums, der Infrastruktur und der Logistik zufrieden bis sehr zufrieden. Die Information über aktuelle, bereichübergreifende Grundsatzfragen der Gesetzgebung und den Erfahrungsaustausch beurtei-

len die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf einer Skala von 1 bis 4 mit der Note 3.88. Besonders erfreulich ist auch, dass das Forum als nützlich bis sehr nützlich für die eigene Tätigkeit betrachtet wird («Note» 3,4). Die Grösse des Teilnehmerkreises wird als angemessen betrachtet. Die Zusammensetzung des Forums, die Einladung und der Newsletter erzielen auf der 4er-Skala ebenfalls Werte zwischen 3,5 und 4.

Verbesserungspotenzial ist bei der Koordination von Gesetzgebungsprojekten und der Förderung der gegenseitigen Unterstützung auszumachen. Als Sofortmassnahme werden wir deshalb an jeder Veranstaltung jeweils ein Amt einladen, einen Werkstattbericht über seine aktuellen Projekte zu erstatten. Wir werden zudem fallweise Follow-ups für die interessierten Personen anbieten. Von den Werkstattberichten und den Follow-ups erwarten wir ausserdem, dass sie die Vernetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch weiter verstärken.

Ursprünglich war nur die Bundesverwaltung an den Arbeiten des Forums beteiligt. Gesetzgebungsarbeit kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn ein Austausch zwischen allen involvierten Akteuren stattfindet. Schon im Hinblick auf die erste Veranstaltung haben wir deshalb die Konferenz der Kantonsregierungen jeweils über die Themen der Sitzung informiert und die interessierten Kantonsvertreterinnen und -vertreter ebenfalls eingeladen. Wir haben den Teilnehmerkreis letztes Jahr ausserdem auf einen weiteren wichtigen Akteur der Gesetzgebung erweitert, nämlich die Parlamentsdienste.

Zur Verstärkung des Einbezugs der Parlamentsdienste werden wir an der nächsten Forumsveranstaltung vom 24. Juni 2010 eigens Themen behandeln, die die Bundesversammlung besonders stark betreffen: Die Mitwirkung der Verwaltung in parlamentarischen Kommissionen und die Informationsrechte des Parlaments. Auch diesen Ansatz werden wir bei Interesse der Parlamentsdienste weiter verfolgen.

Weiterführende Unterlagen zu diesem und den anderen Themen des letzten Forums für Rechtsetzung finden sich unter <http://www.bj.admin.ch> – Themen – Staat & Bürger – Legistik – Forum für Rechtsetzung.

Robert Baumann, Bundesamt für Justiz, Bern

Die Bundesverwaltung im Spannungsfeld von Exekutive und Legislative

«Die Staatstätigkeit lässt sich unterteilen in Rechtsetzung, Verwaltung – einschliesslich Regierungstätigkeit – und Justiz», lernen schon die Studierenden im Häfelin/Haller/Keller. Jede Funktion sei von einem anderen Organ wahrzunehmen, um die staatliche Macht zu kontrollieren und zu beschränken und damit die Freiheit des Einzelnen vor staatlicher Willkür zu schützen: von der Legislative, der Exekutive und der Judikative. Auch personell müssen diese Funktionen streng getrennt sein; eine Person darf deshalb gleichzeitig nur einem der drei Organe angehören. Zwischen diesen müssen zudem Kontrollmechanismen bestehen, damit sie sich gegenseitig hemmen. Diese klassische Gewaltenteilungslehre nach Montesquieu wird in der neueren Lehre indes kritisiert. Auch die neue Bundesverfassung betont verstärkt die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative, etwa bei der Gesetzgebung oder der Führung der Aussenpolitik. Erst diese diskursorientierte Problemlösung wirkt machtbegrenzend. Wenn die Bundesverwaltung an Arbeiten des Parlaments mitwirkt, so ist dies somit durchaus im Einklang mit der heutigen Auffassung von der Gewaltenteilung. Dennoch können sich heikle Abgrenzungsfragen stellen. Monique Cossali vom Bundesamt für Justiz und Irene Moser von den Parlamentsdiensten beleuchteten dies je aus ihrer Sicht.

Monique Cossali befasste sich mit der Mitwirkung der Bundesverwaltung an den Arbeiten der Bundesversammlung. Das Parlament verfügt nicht über eigene Ressourcen, um selbstständig zu legislieren. Es ist deshalb von der Bundesverwaltung abhängig. Das Parlament gibt dieser entsprechende Aufträge: bei Entwürfen des Bundesrates nach der Verabschiedung der Botschaft, denn dann geht die Kontrolle über das Geschäft vom Bundesrat an das Parlament über; bei parlamentarischen Initiativen ist die Kontrolle von Anfang an beim Parlament, und es gibt entsprechend unter Umständen von Anfang an Aufträge an die Bundesverwaltung. Die Bundesverwaltung ist dann in der ungemütlichen Rolle der Dienerin zweier Herren, wie Monique Cossali ausführte. Sie kann diese nur erfüllen, wenn sie sich politischer Stellungnahmen enthält. Die Rolle der Bundesverwaltung hat sich darauf zu beschränken, in Kommissionen auf Anfrage Sach- und Rechtsauskünfte zu erteilen oder aktiv falsche Fakten zu signalisieren sowie die Koordination mit anderen Projekten sicherzustellen. Sie sollte aber auch auf schon abgelehnte Vorstösse hinweisen; die Grenze von der Sachauskunft zur politischen Stellungnahme ist deshalb bisweilen schwierig zu ziehen – auch wenn an sich

klar ist, dass es Sache des Parlaments ist, den politischen Rahmen abzustecken. Unterlässt es dies so, muss die Verwaltung dies einfordern. Die politischen Teile eines Berichts sind durch das Kommissionssekretariat zu verfassen, nicht durch die Bundesverwaltung.

Die Informationsrechte der parlamentarischen Kommissionen standen im Zentrum des Referats von Irene Moser. Anfänglich galt das Parlament als Teil der Öffentlichkeit. Die Bundesverwaltung verschanzte sich wenn nötig hinter dem Amtsgeheimnis, und der Bundesrat berief sich auf die Gewaltenteilung, wenn er eine Information für sich behalten wollte. Das Parlament verschaffte sich hierauf mit der Schaffung der PUK und der Geschäftsprüfungsdelegation weitgehende Informationsrechte.

Mit dem seit dem 1. Dezember 2003 geltenden, auf eine parlamentarische Initiative zurückgehenden Parlamentsgesetz (ParlG) wurde endgültig ein Paradigmenwechsel vollzogen: Die Bundesversammlung ist nicht Teil der Öffentlichkeit, sondern ein Bundesorgan, und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstehen dem Amtsgeheimnis. Artikel 154 Absatz 4 der Bundesverfassung räumt ihm Informationsrechte ein. Diese sind nach Geheimhaltungsinteresse abgestuft. Je grösser dieses ist, desto kleiner wird der Kreis der Einzuweihenden: Nicht mehr alle Ratsmitglieder (Art. 7 ParlG) haben dann Zugang zu einer Information, sondern nur noch die Kommissionen (Art. 150 ParlG) oder nur die Aufsichtskommissionen (Art. 153 ParlG) oder gar schliesslich nur noch die Delegationen der Aufsichtskommissionen (Art. 154 ParlG), denen keinerlei Geheimhaltungspflichten mehr entgegengehalten werden können (Art. 169 Abs. 2 BV). Diese Informationsrechte des Parlaments waren für die Legislativkommissionen bisher problemlos. Hingegen hatten die Geschäftsprüfungskommissionen mit dem Bundesrat in den letzten Jahren zunehmend Meinungsverschiedenheiten darüber, wie weit ihre Informationsrechte gehen. Dieses Seilziehen erreichte mit der UBS/FINMA-Untersuchung einen Höhepunkt. Umstritten ist insbesondere, ob die Geschäftsprüfungskommissionen als Aufsichtskommissionen die Anträge der Departemente im Mitberichtsverfahren einsehen dürfen. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Anträge der unmittelbaren Entscheidfindung des Bundesrates dienen und den GPK deshalb nach Artikel 153 Absatz 4 ParlG vorenthalten werden dürfen. Die GPK dagegen stellen sich auf den Standpunkt, Artikel 153 Absatz 4 ParlG schütze das Kollegialitätsprinzip, d. h. nur die verschiedenen Meinungsäusserungen im Bundesrat bei der Entscheidfindung. Um die einzelnen Bundesräte und den Bundesrat als Gesamtgremium überhaupt beaufsichtigen zu können, müssten die GPK aber Zugang erhalten zu den Entscheidungsgrundlagen, die die Departemente dem Bundesrat zur Verfügung stellen. Sie müssten somit überprüfen können, wann und wie der Bundesrat informiert wurde. Deshalb hätten sie

einen Anspruch auf die Einsichtnahme in die Anträge. Die parlamentarische Initiative 10.404 will die Frage nun klären.

Neu stellen die Mitglieder des Forums für Rechtsetzung in einem Werkstattbericht aktuelle Projekte aus ihrem Amt vor. Bei Bedarf organisiert das Forum einen Follow-up dazu. Das Netzwerk des Forums soll so besser genutzt werden können. Als erste präsentierte Anne Siegenthaler vom EDA die Plattform ch@world (sprich engl. «chatworld»). Diese wurde vor vier Jahren entwickelt, um rasch Stellungnahmen zu den Entwürfen der UNO einholen zu können. Das EDA stand hier vor der Herausforderung, dass die Fristen kurz und die Wege weit sind: Stellungnahmen sind oft innert Stundenfrist abzuliefern, Mitarbeitende in Genf, New York und Bern in allen sieben Departementen müssen einbezogen und auf dem gleichen Informationsniveau gehalten werden. Das EDA fragte die Betroffenen, was sie sich für ein Instrument zur Bewältigung dieser Herausforderung wünschten. So entstand in einem Jahr ch@world – «Bottom up» und mit voller Unterstützung der Vorgesetzten. Alle Dokumente und Hintergrundinformationen sind auf einer https-Plattform verfügbar. Alle Beteiligten können ihre Kommentare einfach eingeben, diese sind für alle sofort sichtbar. ch@world ist selbst erklärend. Es kann auch unterwegs genutzt werden, was besonders die Mitarbeitenden in New York schätzen, die lange Arbeitswege haben. Das System hat heute 2000 Benutzerinnen und Benutzer. Die für das Dossier zuständige Person stellt sicher, dass bei Differenzen zwischen den Ämtern eine Klärung auf Amts- oder gegebenenfalls Departements- oder Bundesratsstufe stattfindet.

Von Seiten der Bundeskanzlei informierte Markus Nussbaumer über Hilfsmittel zur Umsetzung von EU-Recht: Zum einen ist die Internetplattform mit Hinweisen zur Umsetzung von EU-Recht nun (vorerst auf Deutsch) aufgeschaltet (www.bk.admin.ch > Themen > Sprachen > Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz). Zum andern hat im Rahmen der Murtener Gesetzgebungsseminare ein Vertiefungsseminar zum Thema stattgefunden; die dort verteilte «Handreichung» mit nützlichen Internetangeboten ist (auf Deutsch und Französisch) verfügbar unter www.bk.admin.ch > Themen > Gesetzgebung > Gesetzestechnik).

Weiterführende Unterlagen zu diesem und den anderen Themen des letzten Forums für Rechtsetzung finden sich unter <http://www.bj.admin.ch> – Themen – Staat & Bürger – Legistik – Forum für Rechtsetzung.

Das nächste Forum für Rechtsetzung findet am 28. Oktober 2010 statt.

Robert Baumann, Bundesamt für Justiz, Bern

Un manifesto per l'italiano istituzionale

Nata nel 2005 ma istituita ufficialmente nel 2007 con l'adozione dell'Accordo di cooperazione professionale finalizzato allo sviluppo di una Rete di eccellenza dell'italiano istituzionale (Cfr. LeGes 2007/3, p. 543), la Rete per l'eccellenza dell'italiano istituzionale (REI)² riunisce tutti coloro che, a vario titolo, si occupano professionalmente della redazione, della traduzione o dello studio di testi istituzionali in italiano.³ Nel corso della sua IX giornata, tenutasi a Bruxelles il 26 aprile 2010, la REI ha adottato un manifesto intitolato: «Parole chiare per tutti. Manifesto per un italiano istituzionale di qualità», che, oltre alle finalità tipiche per questo genere di documento, persegue fundamentalmente tre obiettivi.

- a) In primo luogo far conoscere la REI e i suoi intenti all'opinione pubblica e alle istituzioni sottolineando l'importanza politica – in senso lato – degli sforzi volti ad un uso qualitativamente elevato dell'italiano istituzionale. Preoccuparsi di rendere il linguaggio delle istituzioni più chiaro e preciso non è un vezzo puristico né perfezionismo fine a se stesso degli addetti ai lavori, ma significa garantire il funzionamento ottimale di uno dei fondamenti dello Stato democratico: la vera comunicazione tra le istituzioni e i cittadini. In questo senso il manifesto precisa quali sono i diritti dei cittadini nelle comunicazioni con le istituzioni e invita gli enti statali a sviluppare nei cittadini la consapevolezza «del valore etico della chiarezza» e dell'importanza «di un uso adeguato del linguaggio per favorire una cooperazione efficace tra istituzioni e cittadini». Occorre però sensibilizzare ai problemi comunicativi posti da testi istituzionali formulati in modo poco felice anche le persone che li producono, in particolare ricordando quanto sono decisivi l'aspetto qualitativo e l'attenzione alle esigenze dei destinatari, due dimensioni spesso trascurate per necessità procedurali e logiche interne.
- b) Un secondo obiettivo è fissare i principi che animano la REI, una rete di contatti nata per favorire la collaborazione tra varie iniziative «volte a facilitare la comunicazione istituzionale in un italiano chiaro, comprensibile, accessibile a tutti e qualitativamente adeguato». Le iniziative prevedono incontri formativi, la collaborazione interistituzionale, la condivisione di esperienze, strumenti di consultazione, banche dati lessicali e terminologiche, manuali redazionali, contatti con centri di ricerca ed università e la creazione di gruppi di lavoro specialistici e di competenze di vario genere (un sunto dei risultati raggiunti sinora figura nel sito REI (www.ec.europa.eu/dgs/translation/rei). È necessario non sottovalutare la difficoltà del compito, dovuta da un lato alla varietà delle materie e delle competenze richieste per redigere testi ufficiali su argomenti

viepiù complessi e, d'altro lato, all'esistenza di realtà e tradizioni istituzionali disperate pur nell'insieme circoscritto di istituzioni che usano ufficialmente la lingua italiana (sostanzialmente, a livello nazionale, la Repubblica Italiana [con le Regioni e i Comuni], l'Unione europea [e le sue molteplici autorità] e la Confederazione Svizzera [con i Cantoni della Svizzera italiana]). Va rilevato per inciso che per la Svizzera questa rete riveste un'importanza non trascurabile, oltre che per lo scambio di esperienze e informazioni specialistiche, anche sotto il profilo della politica linguistica: i contatti con la REI concretizzano sul piano istituzionale il nostro legame culturale con la lingua italiana e con il suo retroterra europeo e in questo senso possono servire indirettamente ad accrescere il peso specifico dell'italiano in Svizzera (talune problematiche della nostra lingua minoritaria assumono più rilievo se messe in rapporto o integrate nelle problematiche condivise con l'italiano a livello continentale).

- c) Un terzo obiettivo del manifesto consiste nella descrizione sintetica degli aspetti a cui occorre prestare attenzione per garantire la qualità dei testi. Vi sono dapprima i principi che devono informare la lingua istituzionale quali la chiarezza, la precisione, l'uniformità, la semplicità e l'economia. Per quanto riguarda il lessico ciò significa usare parole univoche, esplicite e nella misura del possibile conosciute dalla maggior parte dei cittadini, e perseguire l'armonizzazione terminologica delle fonti del diritto in italiano. Quest'ultima raccomandazione è temperata dalla riserva secondo la quale l'armonizzazione deve comunque rispettare «le peculiarità delle diverse realtà istituzionali nelle quali è usata la lingua italiana»: si accenna qui evidentemente alle incontestabili differenze tra i vari ordinamenti giuridici e i loro corrispondenti istituti, ma anche agli usi redazionali e alle terminologie consolidate delle singole realtà istituzionali. A livello svizzero il delicato esercizio di armonizzazione è regolarmente attuato nell'ambito del recepimento del diritto dell'UE nella nostra legislazione. Ai redattori dei testi è chiesta anche una riflessione costante sul proprio operato, da intendere sia quale considerazione critica delle regole a cui conformare la struttura e la redazione dei testi, sia quale sprone a elaborare sempre nuovi strumenti di lavoro da mettere poi in comune.

Il Manifesto, riportato qui di seguito, costituisce dunque uno strumento importante per far conoscere al pubblico le attività e le istanze della REI ma anche, come

ha subito rilevato il presidente del Comitato di coordinamento della rete M. A. Cortelazzo, un ulteriore tassello dell'impegno profuso per una lingua istituzionale chiara e di qualità.

Jean-Luc Egger, Cancelleria federale, Sezione Traduzione e redazione, Berna

Note

- 1 Non più, dunque, «Rete di eccellenza ... », bensì «Rete per l'eccellenza ... »; la lieve, ma significativa, modifica della denominazione della REI è stata adottata il 26 aprile 2010.
- 2 Per una storia della REI cfr. Irene Forzoni, *Il multilinguismo all'Unione europea nella difesa delle lingue nazionali: l'italiano e la rete REI*, tesi di laurea in Terminologia e linguaggi settoriali II, Bologna/Forlì anno acc. 2007/2008.

Parole chiare per tutti: Manifesto per un italiano istituzionale di qualità*

Da anni si susseguono gli sforzi per abbattere le barriere linguistiche che dividono le istituzioni pubbliche dai cittadini. Sono state avviate iniziative per migliorare la redazione delle leggi, nazionali e regionali, e degli atti delle istituzioni europee e per semplificare il linguaggio con cui le amministrazioni pubbliche comunicano con i cittadini. Ma il risultato di tutti questi anni di analisi, di elaborazione e di proposte è più modesto di quanto avessimo sperato.

Per favorire il processo di miglioramento dell'italiano istituzionale, nel 2005 è sorta, per impulso del Dipartimento italiano della Direzione Generale per la Traduzione della Commissione europea, la REI, Rete per l'eccellenza dell'italiano istituzionale. La REI riunisce persone che, a vario titolo, si occupano professionalmente della redazione o della traduzione di testi istituzionali e del loro studio. La REI favorisce il contatto tra varie iniziative volte a facilitare la comunicazione istituzionale in un italiano chiaro, comprensibile, accessibile a tutti e qualitativamente adeguato. Inoltre sviluppa azioni per favorire l'armonizzazione dei linguaggi specialistici e l'elaborazione di un consenso in materia di neologismi e terminologia perché l'italiano istituzionale sia una lingua quanto più possibile chiara ed efficace.

Ora la REI propone all'opinione pubblica, alle istituzioni, a tutti i dipendenti pubblici un Manifesto per una scrittura pubblica chiara, comprensibile e di qualità.

1. Diritti linguistici

È diritto di ciascuno rivolgersi alle istituzioni nella propria lingua e ricevere una risposta nella stessa lingua, purché questa sia una lingua delle istituzioni. Tuttavia, per garantire questo diritto, non è sufficiente rispettare le regole grammaticali; occorre anche fare in modo che i testi istituzionali siano redatti secondo principi stilistici e comunicativi che li rendano leggibili per il grande pubblico.

2. Limiti dell'attuale italiano istituzionale

L'italiano istituzionale risulta ancora scarsamente accessibile a chi non appartiene alle istituzioni, caratterizzato com'è da un eccessivo, e spesso inutile, tecnicismo, da una tendenza all'amplificazione, da uno stile indiretto e poco trasparente; in altri termini, una lingua lontana da quella usata dai cittadini. Un tale strumento non è adeguato ai principi che oggi stanno alla base dei rapporti delle istituzioni con i cittadini: semplificazione, trasparenza, efficacia.

3. Principi di un italiano istituzionale di qualità

La lingua dei documenti ufficiali e quella usata nelle interazioni istituzionali deve essere al tempo stesso una lingua accessibile alla maggior parte dei cittadini, nei limiti permessi dalla complessità dei contenuti da trasmettere, e una lingua di qualità, adeguata al valore delle istituzioni che emettono i testi.

La lingua dei testi istituzionali, scritti e orali, deve rispondere a criteri di chiarezza, precisione, uniformità, semplicità, economia. Questi principi obbligano a prestare attenzione sia al lessico usato, sia al modo con cui vengono costruiti i testi e i discorsi.

4. Un lessico istituzionale accessibile

Per quel che riguarda il lessico, chiarezza, precisione, uniformità, semplicità, economia implicano la preferenza per parole il più possibile univoche ed esplicite, ma allo stesso tempo, tutte le volte che ciò sia possibile, per parole conosciute dalla maggior parte dei cittadini.

In particolare deve essere perseguita l'armonizzazione terminologica delle fonti del diritto in italiano, nel rispetto delle peculiarità delle diverse realtà istituzionali nelle quali è usata la lingua italiana. In questo quadro è essenziale il ruolo della traduzione, dato che sempre più i fondamenti della nostra vita sociale vengono elaborati in un'ottica europea, caratterizzata dal multilinguismo. È quindi necessario armonizzare i linguaggi specialistici e raggiungere un consenso sui neologismi e sulla terminologia, per fare in modo che l'italiano istituzionale sia una lingua quanto più possibile chiara ed efficace.

5. Testi istituzionali leggibili

Per rendere accessibili alla maggior parte dei cittadini i testi istituzionali, non basta prestare attenzione alle parole. Occorre scrivere testi che non richiedano particolari competenze specialistiche per essere compresi. Occorre puntare a migliorare la chiarezza della redazione legislativa, in particolare attraverso una riflessione costante sulle regole di redazione dei testi normativi emanati dalle istituzioni che utilizzano l'italiano come lingua ufficiale, in tutte le loro forme (leggi, direttive, regolamenti, circolari, ecc.), la loro strutturazione e il loro contenuto, i risvolti applicativi problematici. Occorre anche giungere a una armonizzazione dei suggerimenti redazionali.

6. Sviluppare nei cittadini la consapevolezza dei loro diritti e ascoltarne le richieste

I cittadini, destinatari delle comunicazioni istituzionali, esprimono in diverse forme le loro richieste: tramite proteste esplicite rivolte alle istituzioni, che difficilmente diventano di dominio pubblico, tramite lettere ai giornali, blog, ma anche tramite prese di posizione delle associazioni di consumatori e di cittadini. È compito delle istituzioni pubbliche ascoltare queste osservazioni. È loro compito anche sviluppare nei cittadini, a cominciare dalla scuola, la consapevolezza del valore etico della chiarezza e dell'importanza di un uso adeguato del linguaggio per favorire una cooperazione efficace tra istituzioni e cittadini.

7. Sviluppare la consapevolezza comunicativa dei produttori di testi istituzionali

Prima ancora di costruire e diffondere strumenti per migliorare la qualità dei testi istituzionali italiani, scritti e orali, è necessario sviluppare in tutti gli autori la consapevolezza dei problemi comunicativi che si frappongono alla piena fruizione di tali testi. Troppo spesso la prospettiva di chi produce testi istituzionali fa prevalere una logica interna rispetto a un'apertura verso le esigenze del destinatario; spesso le necessità procedurali prevalgono sulle esigenze comunicative; raramente il produttore tiene conto del grado di istruzione del cittadino medio. Senza questa consapevolezza, ogni indicazione tecnica per la redazione di testi leggibili e per l'uso di un lessico comprensibile risulta astratta.

8. Strumenti per la produzione di un italiano istituzionale di qualità

Servono strumenti di sostegno alla produzione di testi istituzionali, scritti e orali: manuali redazionali, banche dati lessicali e terminologiche. Strumenti di questo genere esistono, ma non sono sempre accessibili a tutti gli operatori che potrebbero

averne bisogno, non rispondono a criteri omogenei o condivisi o non presentano con chiarezza i principi che li hanno generati. Per questo, spesso non sono usufruibili o portano a risultati incoerenti, di scarsa utilità per la qualità dei testi prodotti.

Per l'utilizzo corretto e la diffusione di buoni strumenti di sostegno è fondamentale lo sviluppo di progetti di formazione destinati agli attuali e ai futuri redattori di testi istituzionali.

9. La cooperazione come strumento essenziale

Serve una stretta cooperazione tra chi opera nelle istituzioni, a tutti i livelli, e ha già maturato consapevolezza ed esperienze nel campo del miglioramento della qualità dei testi istituzionali. Inoltre, è importante l'intervento di chi studia i problemi della comunicazione verbale pubblica o di chi può offrire consulenza su singoli problemi.

È basilare promuovere il dialogo su temi linguistici tra chiunque desideri mettere in comune parte delle proprie risorse intellettuali e dei propri strumenti di lavoro e collaborare alla creazione di nuovi strumenti linguistici e terminologici: addetti ai lavori, comunicatori pubblici, traduttori istituzionali, linguisti, italianisti, opinionisti, insegnanti, giornalisti, ecc.

È fondamentale che chi condivide i contenuti di questo manifesto si faccia portatore dei principi e delle finalità di una nuova comunicazione istituzionale e applichi nel proprio lavoro quotidiano le buone pratiche e gli strumenti messi in comune.

10. Testi istituzionali comprensibili come strumento di democrazia

L'attenzione alla qualità dell'italiano istituzionale non va vista solo come la realizzazione di ideali stilistici o l'adeguamento a modelli formali coerenti. Promuovere la trasparenza e la chiarezza dei testi e preoccuparsi della loro capacità comunicativa, significa dare a tutti i cittadini le basi per difendere i propri diritti e non eludere i propri doveri.

Nota

* Questo manifesto è stato approvato dalla REI (Rete per l'eccellenza dell'italiano istituzionale) a Bruxelles il 26 aprile 2010 nel corso della IX giornata REI. Quanti si riconoscono in questo manifesto sono invitati a diffonderlo, a farne propri i principi, a darne attuazione concreta nel loro lavoro. Le adesioni al mani-

festo, le manifestazioni organizzate per favorirne la conoscenza, i riscontri sui mezzi di comunicazione saranno pubblicate nel sito ec.europa.eu/dgs/translation/rei. Chi promuove la conoscenza del manifesto è pregato di darcene notizia scrivendo all'indirizzo DGT-IT-REI@ec.europa.eu.

Veranstaltungskalender – Calendrier – Calendario – Chalender

Ausbildungsangebot der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG)

Unter der Ägide der SGG werden Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen angeboten:

- Murtener Gesetzgebungsseminar I: Rechtsetzungsmethodik (voraussichtlich wieder April 2011)
- Murtener Gesetzgebungsseminar II: Gesetzesredaktion (3.–5. Nov. 2010)
- Séminaire de légistique de Montreux «Mieux légiférer»

Murtener Gesetzgebungsseminar II: Gesetzesredaktion

Das Murtener Grundlagenseminar II «Das Handwerk der Gesetzesredaktion» ist eine Veranstaltung des Instituts für Föderalismus, im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung und in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz. Es behandelt redaktionelle Fragen der Gesetzgebung.

Ort und Zeit

Murten, 3. – 5. November 2010

Zielsetzung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen ihr Bewusstsein für die redaktionelle Seite der Gesetzgebung weiterentwickeln und ihre Fähigkeiten verbessern, Normtexte im Sinne der Verständlichkeit zu optimieren. Sie lernen, Schwächen in Erlassen zu erkennen und zu beseitigen. Insbesondere lernen sie wichtige redaktionelle Faustregeln, gute Formulierungen für häufige und problematische Normtypen sowie Hilfsmittel für die Gesetzesredaktion kennen und anwenden.

Zielpublikum

Dieses Redaktionsseminar richtet sich an Personen, die sich im öffentlichen Sektor oder in der Privatwirtschaft mit der Erarbeitung oder Umsetzung von Rechtsnormen befassen.

Kurssprache

deutsch

Inhalt des Seminars

Recht kann nur dann umgesetzt und befolgt werden, wenn es verstanden wird. Aber verstanden von wem? Und was heisst Verständlichkeit genau? Wie lässt sie sich fördern und was steht ihr im Weg? Mit diesen und verwandten Fragen befasst sich das Seminar. In Referaten, vor allem aber in Übungen und Diskussionen behandelt es eine Reihe von Aspekten der Verständlichkeit, so auch die immer wiederkehrenden neuralgischen Normtypen und deren sprachliches Kleid sowie die Auswirkungen der Systematik von Erlassen auf deren Verständlichkeit.

Kosten

890 Franken; in den Kurskosten sind die Kursdokumentation und die Pausenerfrischungen enthalten. Die Kurskosten sind 30 Tage vor Seminarbeginn zu begleichen. Sollte ein Seminar nicht durchgeführt werden, so werden bereits einbezahlte Kurskosten vollumfänglich rückerstattet. Zusätzlich zu den Kurskosten fallen Hotelkosten in folgender Höhe an (pro Person/Tag): Pauschale mit Vollpension und Übernachtung: 180 Franken, Pauschale mit Vollpension ohne Übernachtung: 90 Franken, Tagespauschale mit Businesslunch: 40 Franken. Wir leiten Ihre Hotelanmeldung ans Hotel weiter. Die Hotelkosten begleichen Sie direkt bei der Hotelréception.

Anmeldung

Konsultieren Sie bitte die Homepage des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg, www.federalism.ch

Auskunft, Administration und Finanzen

Lydia Spicher, Institut für Föderalismus, Route d'Englisberg 7, 1763 Granges-Paccot, Tel. +41 26 300 81 47, Fax +41 26 300 97 24, lydia.spicher@unifr.ch, www.federalism.ch

Inhaltliche Auskünfte

Elisabeth Hug, Bundeskanzlei, Zentrale Sprachdienste, Sektion Deutsch, Gurtengasse 4, 3003 Bern, Tel. +41 31 322 00 69, Fax +41 31 324 11 02, elisabeth.hug@bk.admin.ch

Isabel Kamber, Bundeskanzlei, Zentrale Sprachdienste, Sektion Deutsch, Gurtengasse 4, 3003 Bern, Tel. +41 31 324 11 05, Fax +41 31 324 11 02, isabel.kamber@bk.admin.ch

Gesetzgebungskurs des Bundes

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung, die mit Gesetzgebungsaufgaben betraut sind, erwerben in diesem Kurs die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse für die Erarbeitung von Erlassen des Bundes.

Inhalt

Gesetzgebungsverfahren, materieller Gesetzesbegriff und Erlassformen im Bundesrecht; Legalitätsprinzip und Übertragung von Rechtsetzungsbefugnissen; Berücksichtigung und Umsetzung des EU-Rechts und des internationalen Rechts; Auftragsanalyse; Redaktion eines Erlasses; Vernehmlassungsverfahren; Aufbau und Abfassung der Botschaft; Ämterkonsultations- und Mitberichtsverfahren.

Daten

Erster Teil: 10., 17., 24. Nov. 2010; zweiter Teil: 24.–27. Jan. 2011.

Der zweisprachige Kurs (d/f) wird alle zwei Jahre durchgeführt.

Auskunft und Anmeldung

Jean-Christophe Geiser, Tel. +41 31 322 53 99,

E-Mail: jean-christophe.geiser@bj.admin.ch

Séminaire de légistique de Montreux «Mieux légiférer: rédaction et méthode législatives»

Objectifs

Familiariser les participants avec les règles de base de la rédaction législative et la démarche méthodique afin d'améliorer la qualité législative.

Public

Le séminaire est destiné aux acteurs étatiques, fédéraux, cantonaux et communaux chargés de préparer et d'examiner des projets législatifs ou réglementaires, principalement aux professionnels de la fonction publique. Il est aussi ouvert aux parlementaires ou à leurs assistants ainsi qu'aux traducteurs. Les professionnels du secteur privé devant concevoir de tels projets ou les critiquer dans le cadre de procédures de consultation peuvent également en tirer profit, de même que les concepteurs d'initiatives populaires. Il s'adresse tant à des juristes qu'à des non-juristes. Il permet également aux universitaires fraîchement diplômés d'acquérir une formation et une expérience à faire valoir dans le monde du travail.

Direction

Alexandre Flückiger, professeur à la Faculté de droit de l'Université de Genève, en collaboration avec Christine Guy-Ecabert, professeure à la Faculté de droit de l'Université de Neuchâtel et collaboratrice scientifique à l'Office fédéral de la justice, Berne.

Organisation

Le séminaire est placé sous les auspices de la Société suisse de législation et des responsables romands et tessinois de légistique (Monique Albrecht [VS]; Gérard Caussignac [BE]; Marilena Fontaine [TI]; Jean-Christophe Kubler [JU]; Denis Loertscher [FR]; Jean-Luc Schwaar [VD]; Alain Tendon [NE]; Fabien Waelti [GE]). Il est animé par des enseignants universitaires ainsi que par des spécialistes de l'Office fédéral de la justice, de la Chancellerie fédérale et des cantons.

Contact

Daphrose Ntarataze, Faculté de droit, Département de droit constitutionnel, Université de Genève, 1211 Genève 4, Tél: +41 (0)22 379 85 23,
Fax: +41 (0)22 379 86 62, E-mail: daphrose.ntarataze@unige.ch,
www.unige.ch/formcont/droit/cete

Zusammenarbeit von Parlament und Exekutive in der Rechtsetzung

Dienstag, 7. September 2010 in Zürich

In der Schweiz haben Regierung und Verwaltung traditionellerweise einen grossen Anteil an der Vorbereitung von Gesetzen und beim Erlass von Ausführungsrecht. Das Parlament hat in jüngerer Vergangenheit seinen Einfluss erhöht. Äusserer Ausdruck dafür ist etwa die Zunahme parlamentarischer Initiativen und Instrumente zur Beeinflussung der Verordnungsgebung durch die Exekutive (Parlamentsveto). Die Entwicklung lässt sich sowohl für den Bund wie auch für die Kantone feststellen.

Die Tagung beschäftigt sich mit der Grundfrage des Rollenverständnisses von Parlament und Regierung im Rechtsetzungsprozess. In Workshops werden spezifische Fragestellungen bearbeitet, so etwa die Arbeit der Verwaltung im Rechtsetzungsprozess des Parlaments, die Arbeit der Parlamentsdienste sowie einzelne Instrumente des Parlaments und ihre Behandlung in der Verwaltung.

Referentin/Referenten:

- Anita Thanei, lic. iur., Rechtsanwältin, Nationalrätin, «Die Zusammenarbeit aus Sicht des Parlaments»;
- Hanspeter Uster, lic. iur., Rechtsanwalt, 1991–2006 Regierungsrat des Kantons Zug, «Die Zusammenarbeit aus Sicht der Regierung»;
- Luzius Mader, Prof. Dr. iur., Vizedirektor, Bundesamt für Justiz, «Die Zusammenarbeit aus Sicht der Verwaltung».

Ort

Zentrum für Weiterbildung der Universität Zürich, Schaffhauserstr. 228,
8057 Zürich, www.zwb.uzh.ch/lage.html

Kosten

Fr. 150 (inkl. Pausenverpflegung, Mittagessen und Tagungsunterlagen)

Auskunft

Zentrum für Rechtsetzungslehre, Rämistr. 74/46, 8001 Zürich,
Tel.: 044 634 42 27, E-Mail: zfr@rwi.uzh.ch

Internationale Vergleiche und Peer-Reviews: Was können wir lernen als schweizerische Evaluatorinnen und Evaluatoren oder als Evaluierete?

Freitag, 10. September 2010 in Bern

Zahlreiche internationale Organisationen untersuchen und vergleichen die Anwendung oder die Wirkungen von nationalen Politiken. Unsere Verwaltungsbehörden nehmen vermehrt Peer-Reviews in Anspruch. Welche Methoden werden angewendet? Wie werden diese Studien von den betroffenen Verwaltungsbehörden aufgenommen? Erzeugen diese Studien Aufträge für private Firmen? Sind die Ergebnisse der Studien nützlich? Werden die Empfehlungen umgesetzt? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Tagung.

In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Evaluation in der Bundesverwaltung finden am Donnerstagnachmittag, 9. September, methodische Workshops statt. Eine Reihe von Evaluationen, die innovative oder beachtenswerte methodologische Aspekte enthalten, werden im Rahmen von mehreren gleichzeitigen Workshops vorgestellt und erörtert.

Das Seminar richtet sich an Expertinnen und Experten im Bereich Evaluation, die bei Verwaltungsbehörden, öffentlichen Institutionen oder privaten Firmen tätig sind. Es wendet sich auch an Kaderleute, die in ihrer beruflichen Tätigkeit mit der Evaluation zu tun haben, sei es als Auditierete oder als Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Verfahren der Evaluation (Kommunikation usw.).

Ort

Eidgenössisches Personalamt, Eigerstrasse 71, 3003 Bern

Informationen

SEVAL, c/o Universität Freiburg, Dienststelle für Evaluation und Qualitätsmanagement, Rektorat, Av. de Beauregard 11, 1700 Freiburg,

Tel.: +41(0)26 300 82 81, Fax +41 (0)26 300 96 55, secretariat@seval.ch